

tig von oben nach unten, wurde zur Einbahnstraße. Rückkopplung war nicht erwünscht. Berichte von unten nach oben wurden frisiert, wissenschaftliche Meinungsforschung wurde für unnötig befunden und abgeschafft. Die Grundorganisationen waren von der zentralen Willensbildung ausgeschlossen. Ihre Funktion reduzierte sich darauf, die Massen für eine von oben vorgegebene Linie zu mobilisieren. Die innerparteiliche Demokratie wurde in zunehmendem Maße durch ein selbstherrliches, sich der Kontrolle durch das Zentralkomitee entziehendes Politbüro eingeengt und untergraben.

Das so wichtige Prinzip der Einheit und Reinheit der Partei wurde mißbraucht, um Treue und Ergebenheit gegenüber einer Person bzw. einer kleinen Gruppe von Personen zu fordern. Korrekturmöglichkeiten, wie die zeitliche Begrenzung von Funktionen und die Festlegung einer Altersgrenze fehlten ebenso wie öffentliche Kontrolle. So kam es zu Erscheinungen von Machtmißbrauch, Bereicherung und Willkür, also zu partei- und staatsschädigendem Verhalten.

Es ist eine Tragik unserer Parteigeschichte, daß auch Genossen nicht die Kraft fanden, sich der Korruption zu entziehen oder gar zu widersetzen, die als antifaschistische Widerstandskämpfer bewiesen hatten, daß sie die Sache des Sozialismus selbst über ihr Leben stellten.

In den letzten Jahren trat der Widerspruch in der Partei zwischen Führung und Basis immer stärker zutage. In vielen Grundorganisationen wurde nachdrücklich an den politischen und ökonomischen Fehlentwicklungen Kritik geübt und auf Änderung gedrängt. Die Führung nahm diese Signale nicht ernst. Sie wurden von ihr nicht zum Anlaß genommen, um die Linie der Partei grundlegend neu zu bestimmen. Neben der Verweigerung, aus der Umgestaltung in der Sowjetunion Schlußfolgerungen zu ziehen, liegt hier ein anderes großes Versäumnis des Politbüros und des Zentralkomitees vor, das einen realistischen Grundansatz für den XI. Parteitag verhinderte.

Die Bewertung der widersprüchlichen Entwicklung in unserer Gesellschaft lenkt den Blick auf Ursachen für die gegenwärtige Lage, die schon seit Jahrzehnten wirken. In der Sowjetunion war unter Stalin ein autokratisches, zentralistisches und bürokratisches System der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Administration entstanden. Das wurde bis weit in die Nachkriegszeit nicht als ein Abgehen von den Idealen des Roten Oktober erkannt. In der Sowjetunion war zuerst die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in Angriff genommen worden. Ein anderer Weg als der sowjetische war also nicht bekannt. Sicher ging unsere Partei an viele Fragen des sozialistischen Aufbaus dennoch anders heran als die KPdSU, was durch viele geschichtliche Fakten belegt ist. Aber all das hat nicht verhindert, daß die SED mit dem Übergang zum Sozialismus in der DDR immer mehr an der damaligen stalinistischen Politik orientiert wurde.

Im Zuge dieser Politik wurden demokratische Entwicklungstendenzen und Ansätze in Partei und Gesellschaft aufgehalten. Unser bis zu Marx und Engels zurückreichendes Erbe der aus der Vereinigung von KPD und SPD hervorgegangenen SED wurde eingeengt und verfälscht.